NEWSLETTER

01
2024
JANUAR

Nezahat Baradari

Mitglied des Deutschen Bundestages
Kreis Olpe/Märkischer Kreis I

SPD

KONTAKT

Bundestagsbüro Berlin
Nezahat Baradari, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
nezahat.baradari@bundestag.de
030/22771260

Wahlkreisbüros

Willy-Brandt-Haus
Breitenfeld 1B
58507 Lüdenscheid
nezahat.baradari.wk02@bundestag.de
02722/6576884

Niederste Straße 15
57439 Attendorn
nezahat.baradari.wk@bundestag.de
02722/6576884

www.nezahat-baradari.de/

https://www.facebook.com/Baradari2023/

https://www.instagram.com/nezahatbaradari/

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde der SPD!

Der Januar war politisch zwar ein kurzer, jedoch turbulenter Monat. In Berlin standen in der ersten Sitzungswoche 35 Punkte an drei Tagen auf der Tagesordnung. Neben der Befragung der Regierung mit Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) und Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD) wurden unter anderem das Haushaltsfinanzierungsgesetz mit seinen Einzelhaushalten, der Jahresbericht der Wehrbeauftragten, die Bauernproteste und Agrardebatte sowie die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts diskutiert.

Auch im Wahlkreis standen viele Termine an. Unter anderem fanden zwei schöne Pizza & Politik-Veranstaltungen statt und es gab Gespräche mit Vertretern der Landwirtschaft und des Handwerks sowie ein Besuch im Logistikzentrum von Amazon in Gerlingen. Auch Demonstrationen standen im Mittelpunkt: Landwirte gingen auf die Straße und viele Bürgerinnen und Bürger standen auf für Demokratie und Vielfalt – und gegen rechte Bestrebungen, die unser Land zu spalten.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom November hat dazu geführt, dass 60 Milliarden Euro eingespart werden müssen. Dadurch sind die Haushaltsspielräume für die kommenden Jahre deutlich enger geworden. Wie bei jeder Haushaltsdebatte gibt es Zustimmung und Kritik. Es muss jedoch bedacht werden, dass das Geld irgendwoher kommen muss und niemand gerne abgibt. Es ist wichtig, dass wir dem Bevölkerungs- und Katastrophenschutz Priorität einräumen. Ich freue mich sehr, dass wir hier ein starkes Signal setzen können. Besonders hervorzuheben ist, dass wir 8 Mio. Euro mehr für Mieterhöhungen der Liegenschaften zur Verfügung stellen und durch eine Anpassung der Verpflichtungsermächtigungen (100 Mio. Euro) dafür sorgen, dass dringende Liegenschaftsprojekte bei den Ortsverbänden in den nächsten Jahren fortgeführt werden können. Bei der Verteilung dieser Mittel sollten die Ortsverbände Attendorn, Lüdenscheid und Olpe besonders berücksich-

tigt werden. Ich habe mit ihnen immer wieder Gespräche geführt. Auch nach den Haushaltsverhandlungen können sich die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer im Katastrophen- und Bevölkerungsschutz darauf verlassen, dass ich weiterhin eine starke Stimme für ihre Anliegen sein werde.

Ich freue mich auch, dass wir als Koalition handlungsfähig sind und weiterhin wichtige Projekte für Kinder und Jugendliche verstetigen und auf den Weg bringen. Ich habe dazu im Plenum gesprochen und konnte einige Projekte besonders hervorheben. So wird das wichtige Instrument für Kinderärzte, das Kinderformular, künftig aus Bundesmitteln finanziert. Damit können Kinder- und Jugendärzte die evidenzbasierte Dosierung von Medikamenten recherchieren, die für Kinder und Jugendliche dringend benötigt werden, aber nicht explizit für diese Altersgruppe zugelassen sind. Darüber hinaus stehen 52 Millionen Euro zur Verfügung, um Versorgungsangebote für Kinder und Jugendliche zu entwickeln, die Long-COVID erkrankt sind. Ich hoffe, dass aus diesen Projekten verlässliche Therapiemöglichkeiten für diese weit verbreitete Krankheit entstehen.

Die Recherche des Journalistennetzwerks Correctiv hat Unglaubliches ans Licht gebracht. Im Rahmen der AG Demokratie der SPD-Fraktion im Bundestag haben wir uns mit Justus von Daniels, dem Chefredakteur

von Correctiv, ausgetauscht (siehe Foto). Er berichtete über die Recherchen des sogenannten „Geheimtreffens", an dem auch Mitglieder der AfD und der Werteunion teilgenommen haben. Nach dieser Recherche wurde das Journalistenteam aus dem rechtsextremen Milieu beschimpft und sogar bedroht. Das zeigt, wie koordiniert Rechtsextremisten vorgehen und wie menschenfeindlich ihre Ideologie ist.
Ich danke Herrn von Daniels und seinem Team persönlich dafür, dass sie sich dieser Gefahr gestellt haben. Die Recherche war eine Sternstunde des Journalismus und brachte Millionen von Demokratinnen und Demokraten gegen Rassismus und Vertreibungspläne auf die Straße. Jetzt ist es an uns, in Politik und Gesellschaft auf diese erschreckenden Tendenzen zu reagieren. Die gesamte Recherche findet ihr auf der Internetseite von Correctiv.

Auch in unserem Wahlkreis haben Tausende Menschen gegen Rassismus, Deportationspläne und insbesondere gegen die AfD demonstriert. In der Stadt Olpe fanden allein zwei Demonstrationen statt. Die erste zog bereits 1.000 Teilnehmer an, während die zweite, die „Nie wieder ist JETZT-Demonstration", nach Polizeiangaben mehr als 3.000 Teilnehmer zählte! Selbst die Veranstalter hatten nicht mit diesem Erfolg gerechnet. Es ist ein hoffnungsvolles Zeichen dafür, dass die Menschen beginnen, gegen den rechten Mob aufzubegehren. In Olpe hat es vermutlich noch nie eine so große Demonstration gegeben.

Auch die Landwirte und Bauern in unserem Wahlkreis sind mit Trecker-Konvois auf die Straße gegangen. Ich hatte Vertreter des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes/Bauernverbandes in Attendorn zu Besuch. Wir waren uns in vielen Punkten einig. Ich verstehe, dass vor allem die Bürokratie und die Unsicherheit über politische Entscheidungen die Landwirte verärgern.

Aber lest alles selbst in diesem Newsletter.

Mit solidarischen Grüßen
Eure

Nezahat

INHALT

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde der SPD! 1
Wir brauchen einen Aufstand der Anständigen 4
Dokumentation: Aufruf von SPD-Bundestagsabgeordneten 5
Entschlossen handeln gegen rechtsextreme Bestrebungen! 5
Dokumentation Pressemitteilung des SPD-Kreisverbandes Olpe 7
SPD im Kreis Olpe ruft zu mehr demokratischer Bewegung gegen Menschenfeindlichkeit auf 7
#WeRemember 10
Verkehrssituation in Gerlingen – Zu Gast bei der Fraktionssitzung der SPD in Wenden 11
Besuch bei Amazon in Gerlingen 12
In vielen Punkten einig 13
Im Gespräch mit Vertretern der Landwirtschaft 13
Die Bürokratie macht dem Handwerk das Leben schwer 14
Sorge um Kulturerbe im Sauerland 15
Zu Besuch bei der LEWA in Attendorn 16
Schöner Neujahrsempfang in Lüdenscheid 17
Pizza und Politik 18
Pressegespräch in Halver 19
Klausur der SPD-Bundestagsfraktion 21
Waffenstillstand jetzt! Humanitäre Katastrophe abwenden! Zwei-Staaten-Lösung vorantreiben 23
Turbulente erste Sitzungswoche im Bundestag .. 24
Startchancen-Programm für Schulen geht endlich los! 26

IMPRESSUM V. i. S. d. P.: Nezahat Baradari, Mitglied des Deutschen Bundestages; Platz der Republik 1, 11011 Berlin. Tel. 030 – 227 71260,
E-Mail: nezahat.baradari@bundestag.de
Fotos, sofern nicht anders angegeben: Bundestagsbüro Nezahat Baradari MdB

Wir brauchen einen Aufstand der Anständigen

Demo für Demokratie am 28.01.2024 in Olpe

Laut einem Bericht des Recherchenetzwerks Correctiv haben sich AfD-Vertreter im vergangenen November mit Rechtsextremen und Identitären in der Villa Adlon am Lehnitzsee in Potsdam getroffen, um Pläne für eine massenhafte Ausweisung von Migrantinnen und Migranten und auch deutschen Staatsbürgerinnen und -bürgern zu erörtern.

Das Vorgehen der AfD erinnert an die dunkelsten Zeiten der deutschen Geschichte: AfD-Politiker treffen sich mit anderen gefährlichen Rechtsextremen und Geldgebern, um Massenausweisungen zu planen – und das ausgerechnet in Potsdam. Jener Stadt, in der am 20. Januar 1942 eine geheime Besprechung in einer Villa am Großen Wannsee in Berlin der begonnene Holocaust an den Juden im Detail organisiert wurde.

Auf der jetzigen Veranstaltung stellte der Rechtsextremist Martin Sellner einen als „Masterplan zur Remigration“ angekündigten Plan zur Deportation bestimmter Bevölkerungsgruppen aus Deutschland vor: Asylbewerber, Ausländer mit Bleiberecht sowie „nicht assimilierte“ deutsche Staatsbürger. Anwesend waren Mitglieder von AfD, CDU, Werteunion, der Identitären Bewegung und weitere Personen, die über die Umsetzung diskutierten. Das ist zutiefst verstörend und geschichtsverhöhnend. Rechtsextremismus in Reinform. Zudem ist es auch ganz klar verfassungswidrig. Und es zeigt, worauf wir schon lange verweisen: Die AfD versteckt unter dem Mantel der Bürgerlichkeit tiefe braune Abgründe.

Wir brauchen einen Aufstand der Anständigen in der gesamten Republik gegen den massiven Rechtsruck, der derzeit im Land stattfindet. In- und vor allem auch außerhalb der Parlamente. Das Gebaren der AfD und ihre Verstrickungen in rechtsextreme, rassistische Netzwerke brauchen eine klare gemeinsame politische Ächtung der unsäglichen rechtsradikalen Bestrebungen durch alle demokratischen Parteien.

Widerwärtige und rassistische Massenausweisungspläne brauchen den Widerstand der anständigen Mehrheit im Land. Allen Menschen, deren Heimat Deutschland geworden ist, die unsere Verwandten, Freundinnen und Freunden, Kolleginnen und Kollegen, Nachbarinnen und Nachbarn und Vereinsfreundinnen und -freunde sind, rufen wir zu: Deutschland ist unser gemeinsames Land! Lasst uns dafür einstehen, dass es so bleibt.

WEHRET DEN ANFÄNGEN

DOKUMENTATION: AUFRUF VON SPD-BUNDESTAGSABGEORDNETEN

Entschlossen handeln gegen rechtsextreme Bestrebungen!

Foto: Fionn Grosse / SPD Bundestagsfraktio

Die Erkenntnisse der Correctiv-Recherche haben uns ins Mark getroffen und Ängste und Unsicherheiten in der Bevölkerung bestätigt und verstärkt. Insbesondere wir, die eine familiäre Einwanderungsgeschichte haben, machen uns ernsthafte Gedanken über die Sicherheit und die Zukunft in diesem Land. Diesen bedrohlichen Entwicklungen dürfen wir nicht tatenlos zusehen. Viele Menschen in diesem Land spüren: Es geht um nicht weniger als Demokratie, Freiheit und Leben. Wir stehen zusammen, bleiben hier und lassen uns nicht vertreiben!

Wir fordern ein entschlossenes Handeln gegen rechtsextreme Bestrebungen. Wir setzen uns ein für die Prüfung eines Parteiverbotsverfahrens gegen die AfD, insbesondere im Hinblick auf die Landesverbände, die als gesichert rechtsextrem gelten.

Uns ist bewusst, dass ein AfD-Verbot allein nicht die Lösung für Demokratie- und Menschenfeindlichkeit sein kann. Auch darüber hinaus muss es konkrete und spürbare Konsequenzen haben, wenn unsere demokratischen Grundwerte bedroht werden. Hass ist keine Meinung. Faschistische Bestrebungen sind ein Fall für den Verfassungsschutz und die Strafverfolgungsbehörden.

Der Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir rufen dazu auf, diesen Kampf gemeinsam zu führen. Es geht um den Schutz unserer Demokratie, unserer Freiheit und Vielfalt. Lasst uns gemeinsam für ein solidarisches Deutschland und eine selbstbewusste Demokratie einstehen!

Sanae Abdi, MdB • Adis Ahmetović, MdB • Reem Alabali-Radovan, MdB • Nezahat Baradari, MdB • Isabel Cademartori, MdB • Hakan Demir, MdB • Daniela De Ridder, MdB • Karamba Diaby, MdB • Metin Hakverdi, MdB • Jasmina Hostert, MdB • Macit Karaahmetoğlu, MdB • Luiza Licina-Bode, MdB • Helge Lindh, MdB • Zanda Martens, MdB • Parsa Marvi, MdB • Takis Mehmet Ali, MdB • Rasha Nasr, MdB • Aydan Özoğuz, MdB • Dr. Christos Pantazis, MdB • Ye-One Rhie, MdB •

Ana-Maria Trăsnea, MdB • Derya Türk-Nachbaur, MdB
Mahmut Özdemir, MdB • Gülistan Yüksel, MdB
Armand Zorn, MdB

Ich freue mich, dass die Presse über unsere Forderung berichtet! So schreibt die Siegener Zeitung: *„[...] die in der Türkei geborene Nezahat Baradari gehört zu den Abgeordneten, die die Möglichkeit eines Verbotsverfahrens gegen die AfD prüfen lassen wollen. Ihr Vater sei 1980 aufgrund des Militärputsches nach Deutschland geflohen und habe politisches Asyl beantragt. „Ich weiß von meinen Eltern, wie es sich anfühlt, im eigenen Land verfolgt zu werden", sagt sie am Abend im SZ-Gespräch. Sie sei im Bereich der Migration schon lange ehrenamtlich aktiv und setzte sich intensiv mit dem Thema auseinander. Was die AfD betreibe, „sind Pläne für eine Deportation". Das erwecke Assoziationen an eine Zeit, „die wir längst hinter uns haben."*

WEHRET DEN ANFÄNGEN

DOKUMENTATION PRESSEMITTEILUNG DES SPD-KREISVERBANDES OLPE

SPD im Kreis Olpe ruft zu mehr demokratischer Bewegung gegen Menschenfeindlichkeit auf

Mit Entsetzen hat der SPD-Kreisverband Olpe die Enthüllung des sogenannten Masterplans einer Gruppe Rechtsextremer, darunter hochrangige AfD-Funktionäre, zur systematischen Vertreibung von Menschen mit Migrationshintergrund aufgenommen. „Es reicht", sagt die Bundestagsabgeordnete Nezahat Baradari (SPD) aus dem Kreis Olpe, die zusammen mit Sebastian Menn auch den Vorsitz des SPD-Kreisverbandes innehat. „Wir sind an einem Punkt angelangt, an dem unser Rechtsstaat akut gefährdet ist! Rechtsextreme Kräfte aus verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen planen die Abschaffung der Demokratie, die Delegitimierung demokratischer Wahlen und die systematische Vertreibung von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationsgeschichte. Das werden wir nicht hinnehmen."

Der SPD-Kreisverband Olpe ruft alle Demokratinnen und Demokraten auf, sich den menschenfeindlichen Bewegungen entgegenzustellen. „Wir brauchen eine klare Kante der Gesellschaft gegen Menschenfeindlichkeit. Die Enthüllungen haben gezeigt, dass die Wahl der AfD kein Denkzettel ist, sondern bedrohliche Folgen für Menschen haben wird, die nicht in das rassistische Weltbild dieser Partei passen. Wir brauchen einen gesellschaftlichen Konsens gegen Rechts", so der Co-Vorsitzende Sebastian Menn.

Nezahat Baradari, MdB, Co-Vorsitzende (Doppelspitze)

Sebastian Menn, Co-Vorsitzender (Doppelspitze)

Wolfgang Langenohl, Presse - und Öffentlichkeitsbeauftragter

Der SPD-Kreisverband Olpe mit seinen Ortsvereinen bekenne sich zur Vielfalt in unserer Gesellschaft und werde sich weiterhin dafür einsetzen, heißt es in einer Mitteilung der SPD-Spitze. Baradari ergänzt: „Es kann hinzugefügt werden, dass die meisten lebenswerten Städte in Europa liegen. Wir dürfen nicht zulassen, dass rechtsextreme Kräfte unser geeintes Europa zerstören. Europa hat uns nicht nur wirtschaftliche Stabilität gebracht. Siebzig Jahre Frieden sind das Ergebnis eines geeinten Europas." Das sieht auch

ihr Co-Vorsitzender so und ergänzt an dieser Stelle: „Es gibt keine Unterscheidung der Deutschen in ihrer Staatsangehörigkeit nach erster und zweiter Klasse. Ein solches Denken der AfD schadet dem Standort Deutschland und unserem Ansehen in der Welt. Beides brauchen wir, um in der Welt von morgen wettbewerbsfähig zu bleiben. In Zeiten der Vollbeschäftigung brauchen wir Arbeitskräfte in fast allen Bereichen und fast alle Qualifikationen sind gefragt. Migration hat dieses Land groß und uns zu dem gemacht, was wir heute sind. Sie hat uns Wohlstand gebracht. Die Menschen, die daran teilhaben, können sich zu Recht als Teil dieser Gesellschaft verstehen."

„Wir alle müssen uns verstärkt dafür einsetzen, dass Extremismus und Terror keinen Platz in dieser Welt und in unserem Land haben. Das gelingt, wenn wir uns mit demokratischen Mitteln aufrecht und geschlossen gegen alles stellen, was den Frieden in der Welt, in unserem Land und untereinander gefährdet. Dazu sollten wir vor allem auch unser so wertvolles Wahlrecht immer wieder in die Waagschale werfen. Wir alle haben es in der Hand. Die Demokratie muss erhalten bleiben. Das geht nur mit demokratischen Parteien. Eine Demokratie ohne Demokraten ist keine Demokratie", ist sich der Attendorner SPD-Vorsitzende Wolfgang Langenohl, der auch das Amt des Pressesprechers der SPD im Kreis Olpe innehat, sicher.

Die zahlreichen Mitglieder des SPD-Kreisverbandes Olpe blicken dabei mit Sorge auf die kommenden Jahre. Denn in den Jahren 2024 und 2025 stehen in vielen Ländern der Welt entscheidende Wahlen an. Die SPD-Verantwortlichen machen deutlich, dass dies für den einen oder anderen vielleicht nach einem globalen Fest der Demokratie klinge, aber davon könne kaum die Rede sein, so die Genossinnen und Genossen, wenn man sich die aktuellen Geschehnisse in der Welt und in unserem Land anschaue. Die Bertelsmann Stiftung zählt in ihrer jährlichen Erhebung wieder mehr autokratische als demokratische Staaten, von 137 untersuchten Ländern sind nur noch 67 Demokratien. Die Zahl der Autokratien ist auf 70 Länder gestiegen.

Längst sind diese menschenfeindlichen Bewegungen nicht mehr nur in Deutschland zu beobachten. Der SPD-Kreisverband Olpe appelliert abschließend: „Unser aller Anliegen sollte es sein, für die Demokratie einzutreten und sie zu verteidigen, in der eigenen Familie, am Arbeitsplatz, in den Vereinen und auch an den Stammtischen in jeder Ecke der Republik und in Europa".

Wir vergessen nicht. Und wir stehen auf für Vielfalt und Demokratie – und gegen Rassismus, Antisemitismus, Rechtsradikalismus und Islamophobie!

Solidaritätsveranstaltung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus in Attendorn

Solidaritätsveranstaltung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus in Attendorn

Nie wieder ist JETZT-Demonstrationen in Olpe

WEHRET DEN ANFÄNGEN

© Paul Alexander Probst

Wir gedenken der Millionen unschuldiger Opfer der unverzeihlichen Verbrechen des menschenverachtenden Nazi-Regimes. Wir gedenken auch der Überlebenden, die Zeugnis abgelegt haben und uns mahnen, wachsam zu sein gegen Hass, Rassismus, Antiziganismus, Homofeindlichkeit und Antisemitismus. Wir sagen laut und deutlich: Nie wieder!

Der Holocaust mahnt uns, die Geschichte wach zu halten, nicht um seiner selbst willen, sondern um der ganzen Menschheit willen, damit so etwas nie wieder geschieht.
Deshalb müssen wir auch heute jedem Völkermord in der Welt mutig entgegentreten, jeden Tag gegen Judenfeindlichkeit, Rassismus und jede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit eintreten.

Im Vorfeld des Internationalen Holocaust-Gedenktages (27. Januar) beteiligte sich der Deutsche Bundestag erneut an der internationalen Gedenkkampagne #WeRemember. Vom 26. bis 31. Januar machte ein elf Meter langer, beleuchteter Schriftzug #WeRemember am Ostportal des Reichstagsgebäudes am Friedrich-Ebert-Platz die Beteiligung des Parlaments nach außen sichtbar.

Auf Beschluss des Bundestagspräsidiums beteiligt sich der Bundestag dauerhaft an der internationalen Gedenkkampagne des Jüdischen Weltkongresses und der UNESCO. Bundestagspräsidentin Bärbel Bas übernimmt erneut die Schirmherrschaft für den deutschen Teil der Kampagne. Auch andere nationale Parlamente und das Europäische Parlament beteiligen sich an dem Projekt, dessen Ziel es ist, die Erinnerung an die Millionen Opfer des Terrors der Nationalsozialisten wach zu halten und durch die Veröffentlichung von Fotos mit dem Schriftzug #WeRemember im Internet ein Zeichen gegen Antisemitismus, Hass und Fremdenfeindlichkeit zu setzen.

Verkehrssituation in Gerlingen – zu Gast bei der Fraktionssitzung der SPD in Wenden

Thema war die Verkehrssituation in Gerlingen. Diese ist ohnehin seit Jahren sehr hoch, jetzt aber zusätzlich durch die Ansiedlung von Amazon im örtlichen Gewerbegebiet. Da dies für die Anwohner sehr belastend ist, muss hier eine Lösung gefunden werden. Einen ersten Kontakt mit der Bürgerinitiative „Gemeinsam in Gerlingen" hatte ich bereits im April 2021. Eine Möglichkeit den Verkehr zu entlasten wäre eine Ortsumfahrung in Gerlingen oder eine zweite Zufahrt zum Gewerbegebiet „Auf der Mark".

Hierfür wäre allerdings eine Förderung aus dem Hause des grünen Landesverkehrsministers Krischer notwendig. Diese wurde seinerzeit vom heutigen Ministerpräsidenten und damaligen Verkehrsminister Hendrik Wüst vielversprechend in Aussicht gestellt. Ob ein Zubringer zur A45, die demnächst sechsspurig ausgebaut werden soll, durch eine Untertunnelung im nächsten Verkehrswegeplan berücksichtigt werden kann, bleibt abzuwarten.

Hier sind in erster Linie das Land und die schwarz-grüne Landesregierung in der Pflicht – auch wenn uns die Verantwortlichen etwas anderes glauben machen wollen!

Nach der Fraktionssitzung hatten wir am nächsten Tag eine Werksbesichtigung bei Amazon und bekamen auch interessante Informationen, welche zusätzlichen Maßnahmen bereits zeitnah umgesetzt werden könnten. ***Mehr dazu im nächsten Artikel***

Besuch bei Amazon in Gerlingen

Gemeinsam mit dem Fraktionsvorsitzenden der SPD Wenden, Ludger Reuber, habe ich das Logistikzentrum des Online-Versandriesens Amazon besucht. Dort trafen wir uns mit Thorsten Freers, Public Policy Manager, und Maik Riefenstein, Delivery Station Manager, zu einem offenen und vertrauensvollen Austausch. Bei einem anschließenden Betriebsrundgang konnten wir uns ein eindrucksvolles Bild von der reibungslosen und ausgeklügelten Logistik vor Ort machen.

Im Mittelpunkt unseres Gesprächs stand das Thema „Transport". Die tägliche An- und Auslieferung von bis zu 45.000 Paketen mit bis zu 250 Fahrzeugen in mehreren Gruppen sorgt für eine sehr lebhafte Verkehrssituation im Ortsteil Wenden. Viele Anwohner haben den Eindruck, dass Gerlingen nie zur Ruhe kommt. Ein Thema, das es schon vorher gab, hat in Gerlingen an Bedeutung gewonnen und wurde durch die Amazon-Ansiedlung verstärkt. Die Hauptstraße L 512 in Gerlingen hat bereits ein sehr hohes Verkehrsaufkommen von ca. 20.000 Fahrzeugen pro Tag. Durch Amazon hat sich das Verkehrsaufkommen natürlich weiter erhöht, mit allen Konsequenzen wie noch mehr Blechlawinen, Staus, Lärm und Feinstaubbelastung. Die Ortsumfahrung Gerlingen ist dadurch noch populärer geworden. Fördermittel von Land oder Bund sind aber nicht in Sicht.

Thorsten Freers stellt zwar keine eigene Kostenbeteiligung für eine Ortsumgehung in Aussicht, aber seine Argumente dafür sind für mich nachvollziehbar: Ein sehr hohes Verkehrsaufkommen und die Frage nach einer Ortsumgehung gab es bereits vor der Ansiedelung des Logistikzentrums. Das Problem wurde durch Amazon verstärkt, aber nicht erst geschaffen. Leider wurde ein Vorschlag von Amazon, die Ampelschaltung zu ändern oder eine neue Ampel zu installieren, abgelehnt, obwohl Amazon die Kosten übernommen hätte. Die Behörden wollten aber die „große Lösung" einer Ortsumgehung mit Fördermitteln. Amazon wird daher die Ampellösung in modifizierter Form erneut bei Politik und Verwaltung einbringen, wie mir Thorsen Freers glaubhaft versicherte. Zuvor wird es seitens Amazon ein weiteres Gespräch mit einem Verkehrsgutachter geben.

Mit Maik Riefenstein, Thorsten Freers und Ludger Reuber (v. l.)

Ich begrüße diese Ankündigung zur Entlastung der Verkehrssituation in Gerlingen sehr. Die nachhaltige Chance einer Ortsumgehung in Gerlingen wurde in der Vergangenheit leider von den damaligen Anwohnern abgelehnt, so dass die Situation weiterhin schwierig ist. Die Untertunnelung und der Anschluss # A45 wird von den Gerlingern gewünscht, ob sie aber in den nächsten Bundesverkehrswegeplan aufgenommen wird, steht in den Sternen. Zur Wahrheit gehört auch, dass derzeit die Sanierung bzw. der Neubau maroder Autobahnbrücken beim Bund verständlicherweise Priorität hat und deshalb dieser Wunsch kürzlich aus Berlin negativ beschieden wurde.

Bisher habe ich noch keinen Staatssekretär oder gar Verkehrsminister aus Düsseldorf in Gerlingen gesehen. Und das Versprechen von Hendrik Wüst als ehemaligem Verkehrsminister, hier Abhilfe zu schaffen, steht immer noch im Raum. Warum der Antrag des Bürgermeisters auf Tempo 30 erst jetzt im Kreishaus angekommen ist, lässt bei mir auch Fragen offen. Wir müssen schauen, wie wir sektorenübergreifend zusammenarbeiten können. Als Wahlkreisabgeordnete sehe ich es auch als meine Aufgabe, auf Missstände vor Ort auf allen politischen Ebenen hinzuweisen.

In vielen Punkten einig

Im Gespräch mit Vertretern der Landwirtschaft

Der Erhalt der Kfz-Steuer-Befreiung und ein Auslaufen der Agrardieselvergütung über drei Stufen mit Abbauschritten von 40, 30 und 30 Prozent pro Jahr konnten die Landwirte nicht überzeugen. In einer einwöchigen Aktionswoche machten sie im Kreis Olpe und später in Berlin mit Konvois und Informationsveranstaltungen auf ihre Nöte aufmerksam.

Grund genug für mich, das Gespräch mit Georg Jung, Geschäftsführer des Kreisverbandes Olpe des WLV (Westfälisch-Lippischer Landwirtschaftsverband e. V.) und dessen Vorsitzenden Michael Richard zu suchen. Auch wenn es für manche Beobachter überraschend sein mag, aber wir waren uns in vielen Punkten einig. Auch darüber, dass die Subventionen am Ende nicht im Portemonnaie der Bauern landen, sondern bei den Lebensmittelkonzernen wie Aldi, Lidl, Rewe und Co, die die Preise diktieren. Eine alte Binsenweisheit, die trotz ihres Alters aktueller denn je ist.

Obwohl ich im schrittweisen Abbau der Steuervergünstigungen für Agrardiesel eine Möglichkeit sehe, den Betrieben mehr Planungssicherheit zu geben, bin ich unzufrieden mit dem Zustandekommen der ursprünglichen Planungen. Die einsame Entscheidung der drei Ampel-Regierungschefs hat uns Abgeordnete überrascht. Leider wurden wir vorher nicht in diese kurzfristige Hauruck-Entscheidung (aufgrund des Verfassungsgerichtsurteils) einbezogen. Dennoch bin ich froh, dass die Rücknahme der Kfz-Steuerermäßigung durch die Proteste der Landwirte und die nachträgliche Intervention von Abgeordneten trotz der schwierigen Haushaltslage nun doch nicht kommt.

Vor allem die Bürokratie und die Unsicherheit über politische Entscheidungen bringen die Landwirte auf die Palme. In Teilen zu Recht, wie ich finde. Die Landwirte erwarten Rahmenbedingungen, mit denen sie leben können. Verlässlichkeit ist unabdingbar für erfolgreiche und zielführende politische Entscheidungen.

Mit Michael Richard und Georg Jung (v. l.)

Wir drei waren uns einig: Die Bürokratiebelastung ist zu hoch, es gibt berechtigten Ärger über mangelnde Kommunikation und die Schnelligkeit vieler Entscheidungen wirkt unausgegoren. Insgesamt ist ein Neustart in der Landwirtschaft mit Planungssicherheit für die Landwirte und Ernährungssicherheit für die Bevölkerung das Ziel. Gekoppelt mit Tier- und Naturschutz. Kleine und mittlere Betriebe müssen gestärkt werden und ein nachhaltiger Umbau ohne die bisherige Form der Subventionierung ist wünschenswert. Auch darf nicht übersehen werden, wie heterogen die Landwirtschaft in Deutschland ist. Von Europa ganz zu schweigen. Die Landwirtschaft in Ostdeutschland unterscheidet sich deutlich von der im Münsterland, und beide unterscheiden sich erheblich vom Sauerland. Dies muss berücksichtigt werden.

Erfreulich: In der ersten Sitzungswoche wurde ein Entschließungsantrag verabschiedet. Demnach werden bis zum Sommer konkrete Vorschläge zur Entlastung der Landwirtschaft in einem gemeinsamen Dialog erarbeitet. Für die nationale Agrarstrukturförderung in diesem Jahr stehen mehr als eine Milliarde Euro zur Verfügung. Trotz der harten Sparvorgaben konnten die geplanten Kürzungen bei der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz in den Haushaltsberatungen deutlich zurückgenommen werden. Dadurch haben wir eine gute Grundlage, um die integrierte ländliche Entwicklung zu fördern und die gesellschaftlichen Leistungen der Bäuerinnen und Bauern in unserem Land zu honorieren.

Die Bürokratie macht dem Handwerk das Leben schwer

Auch das Handwerk hat mit vielen Problemen zu kämpfen. Das wurde bei meinem Besuch in der Olper Geschäftsstelle der Kreishandwerkerschaft sehr deutlich. Dort tauschte ich mich mit Hauptgeschäftsführer Harald Görnig und Geschäftsführer Matthias Rink über aktuelle Themen im Handwerk aus.
Der Hauptgeschäftsführer sah die Situation des Handwerks ähnlich wie die Situation der Landwirte und betrachtete deren Sorgen als „Blaupause eins zu eins für das Handwerk". Den Handwerksbetrieben ist vor allem an verlässlichen Rahmenbedingungen und Planungssicherheit gelegen. Insbesondere ein Abbau der Bürokratie und Überregulierung wird von den Betrieben gefordert, da diese oft als zusätzliche Hürde empfunden werden und es schwer machen, sich den eigentlichen Aufgaben zu widmen. Geforderte Schulungen und Nachweise, Formulare, Zertifikate und Dokumentationen sowie ein kompliziertes öffentliches und EU-konformes Vergaberecht machen vielen, insbesondere kleineren Betrieben, das Leben schwer.

Mit Matthias Rink und Harald Görnig (v. l.)

Die Handwerker sehen ihre Existenz nicht zuletzt aufgrund gestiegener Energiekosten und der kommunalen Wärmeplanung in Gefahr. Ich nehme diese Sorgen sehr ernst und kann die Verärgerung über zu viele und zu komplizierte bürokratische Vorgaben gut nachvollziehen.
Wie viele andere Branchen leidet auch das Handwerk unter Fachkräftemangel. Dadurch müssen Kunden teilweise lange Wartezeiten in Kauf nehmen oder es können Aufträge gar nicht angenommen oder ausgeführt werden. Wie mir die Geschäftsführer berichteten, entscheiden sich viele potenzielle Mitarbeiter für eine Stelle in der Industrie, da dort besser bezahlt wird. Zudem hat das Handwerk bei jungen Menschen noch immer ein Imageproblem.

Und doch bin ich der Meinung, dass sich das deutsche Handwerk überall sehen lassen kann. Ich verstehe, dass durch die mediale Aufmerksamkeit der Fokus darauf liegt, was in der Ampelregierung vermeintlich schief läuft. Dass das Auftreten in der Öffentlichkeit alles andere als gut ist, kann niemand abstreiten. Aber es gibt nicht nur Schwarz-Weiß. Als Politiker müssen wir immer wieder den Dialog mit dem Handwerk suchen und gute Möglichkeiten und Rahmenbedingungen schaffen, auf die Verlass ist. Dazu werde ich mit unseren Handwerkern vor Ort im Gespräch bleiben.

Sorge um Kulturerbe im Sauerland

Die Europäische Union plant eine Überarbeitung der Richtlinien zur beruflichen Exposition gegenüber Blei. Eine strikte Umsetzung könnte das immaterielle Kulturerbe im Sauerland gefährden, denn die neuen Grenzwerte könnten große Auswirkungen auf das Schützenwesen und den Orgelbau haben.

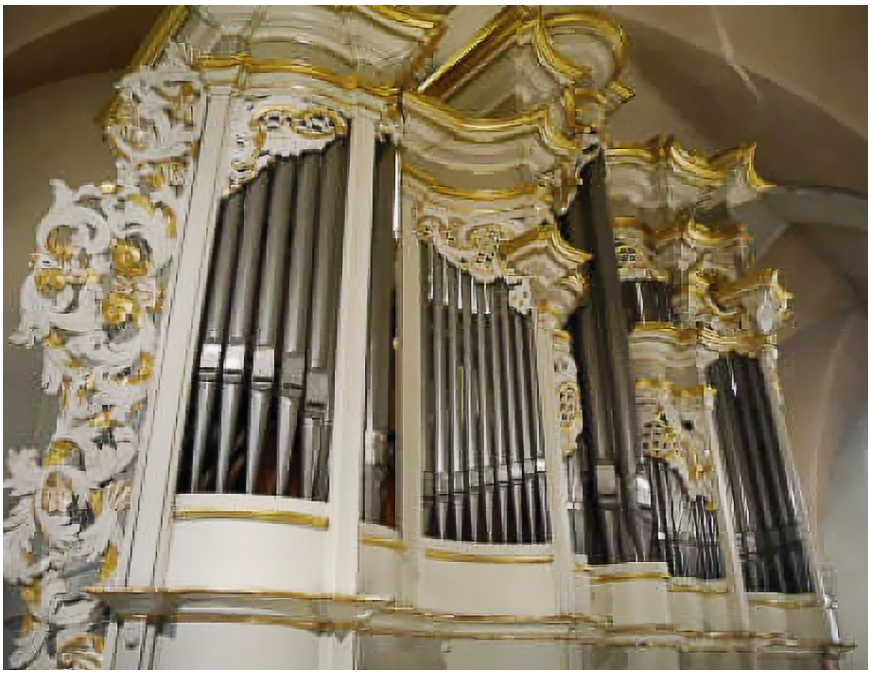
Für den historischen Schießsport hat uns die EU-Kommission signalisiert, dass es eine Ausnahme geben wird. Ich setze mich dafür ein, dass dies auch für den Orgel- und Instrumentenbau erreicht werden kann.

Blei ist im Orgelbau nicht substituierbar. Der Verlust von Know-how und Arbeitsplätzen wäre unwiederbringlich. Die Produktion würde ins Ausland abwandern – wo bei weitem nicht so hohe Standards gelten, wie sie heute im deutschen Handwerk üblich sind. Dort wird auf höchste Sicherheit und den Schutz der Beschäftigten geachtet.

Diesem Umstand ist es zu verdanken, dass hohe Bleiwerte im Blut in Deutschland selten sind. Blei hat aber keinen Grenzwert für Schwangere und muss nach wie vor mit großer Vorsicht gehandhabt werden.

Deshalb setze ich mich auf mehreren Ebenen für eine Änderung der Richtlinie ein. Unter anderem habe ich das Bundesministerium für Arbeit und Soziales um eine Stellungnahme gebeten, um auf die Problematik aufmerksam zu machen, und ich bin mit Europaabgeordneten im Gespräch.

Ich habe auch mit der Fraktionsspitze und unseren Europaabgeordneten der S&D-Fraktion gesprochen, die in das Thema eingebunden sind. Die Zeit drängt, aber noch ist es möglich, eine Ausnahmeregelung zu erreichen und den Orgel- und Instrumentenbau in Deutschland zu erhalten.



Symbolfoto aus dem Orgelpropekzt der KATH. PFARRKIRCHE ST. SEVERINUS, Wenden

Dieses Handwerk hat eine große kulturelle und religiöse Bedeutung für unser Land. Ich bin sicher, dass wir auch für die Orgelbauer in Deutschland und im Sauerland eine gute Lösung finden werden.

Wie das Schützenwesen wurde auch der Orgelbau von der UNESCO als immaterielles Kulturerbe der Menschheit anerkannt. Im Kreis Olpe und im Märkischen Kreis gibt es eine Vielzahl historischer Orgeln, die teilweise bis ins 16. und 17. Jahrhundert zurückreichen Diese gilt es zu erhalten.

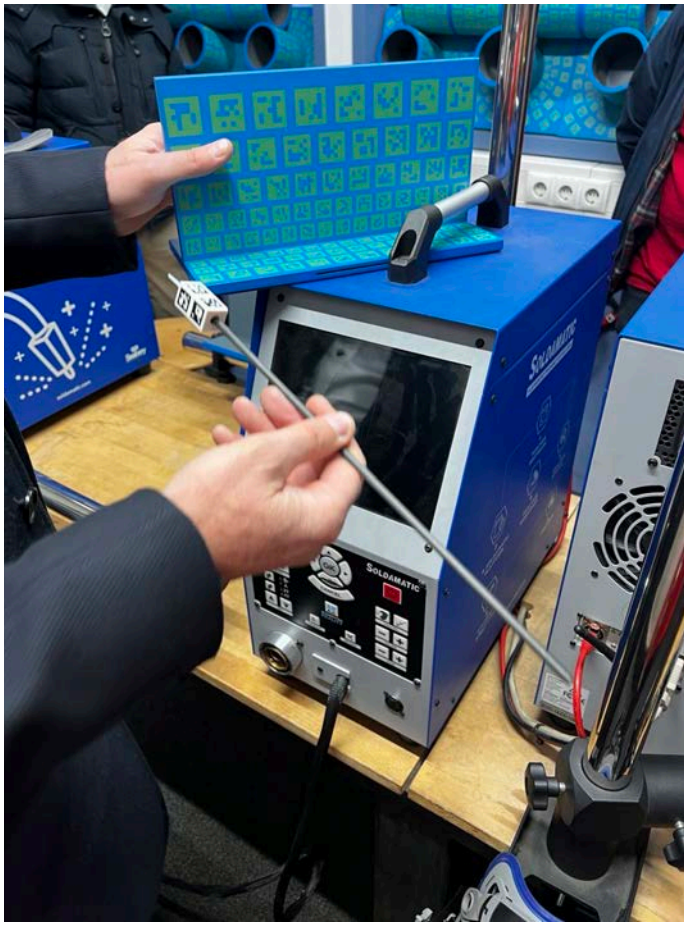
Zu Besuch bei der LEWA in Attendorn

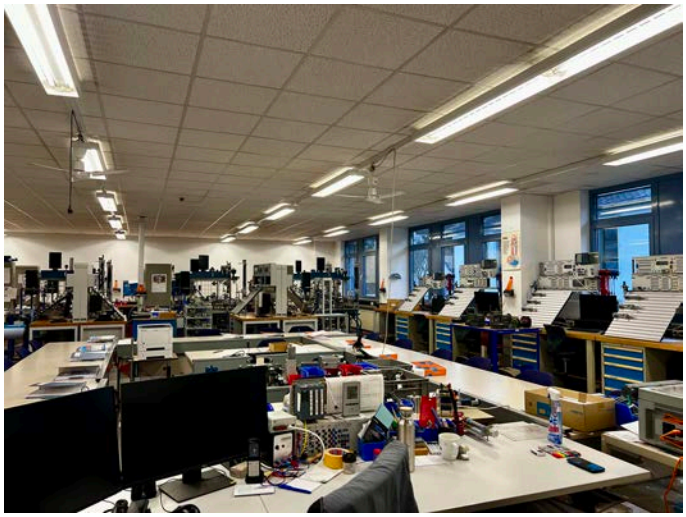
Als Vorsitzende des Kreisverbandes Olpe hatte ich einen Besuch bei der LEWA angeregt. Alle Kreisvorstandsmitglieder sowie die Kreistagsfraktion und die Fraktion im Rat der Stadt Attendorn waren zu diesem besonderen Termin eingeladen.

Das mittelständische Unternehmen LEWA Attendorn GmbH unterstützt seine internationalen Unternehmen mit Hightech-Automatisierung in der Produktion. Darüber hinaus werden im Bereich Zerspanungstechnik Frästeile und Baugruppen für den Maschinenbau hergestellt.

LEWA ist vor allem ein großer Ausbildungsbetrieb: Im 3.000 m² großen überbetrieblichen Aus- und Weiterbildungszentrum werden ca. 45 eigene Auszubildende und ca. 220 Auszubildende von LEWA Kunden in 19 Ausbildungsberufen auf ihrem Weg ins Berufsleben begleitet.

Vielen Dank für die beeindruckende Führung, die uns alle sehr begeistert hat. Ich bin stolz darauf, wie viel Innovation aus unserem Sauerland kommt.





Schöner Neujahrsempfang in Lüdenscheid

Viel Applaus gab es beim Neujahrsempfang in Lüdenscheid für die Ehrenamtlichen und vor allem für die Sternsinger, die Spenden für Amazonien sammelten. Im Mittelpunkt der Ehrungen standen das THW, die Feuerwehr, die Caritas, das Stadtfest-Marketing und natürlich die Bürgerinitiative A45.

Musikalisch unterhielten die ChrisDana Twins – Christina und Dionisia Gravou – aus Lüdenscheid die zahlreichen Besucher. Sie begeisterten mit Hits von Andreas Bourani („Auf uns“) und den Sportfreunden Stiller („Applaus, Applaus“), die zur Stimmung im Saal passten. Es war ein rundum gelungener Abend und der Empfang klang mit einem gemütlichen Beisammensein und vielen Gesprächen aus. Vielen Dank an alle für die gute Stimmung!

Pizza und Politik

Die Politik bereitet vielen Menschen derzeit Sorgen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat auf ihrer Klausurtagung darüber diskutiert, wie wir mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit unseres politischen Handelns und vor allem eine bessere Kommunikation in die Mitte der Gesellschaft erreichen können. Unser Bundeskanzler Olaf Scholz hat uns in einer langen Debatte Rede und Antwort gestanden. Zuvor haben wir unter anderem über die Finanzpolitik diskutiert und einen Antrag zur Reform der Schuldenbremse beschlossen. Auch der Abbau der Agrarsubventionen und die Auswirkungen auf die einzelnen Wahlkreise wurden diskutiert. Migration und innere Sicherheit standen ebenfalls auf der Tagesordnung. Ein weiterer wichtiger Punkt war der Kampf gegen Rechtsextremismus. Nach dem Treffen rechtsextremer Kreise mit AfD-Funktionären, das fatal an die Wannseekonferenz erinnert, müssen sich alle Demokraten diesem rechten Sumpf entgegenstellen. Der Europawahlkampf hat begonnen und in Deutschland wie in Europa müssen wir als SPD den Faschisten die Stirn bieten.

Grund genug für mich, die Genossinnen und Genossen aus Lüdenscheid und Attendorn zu Pizza und politischen Gesprächen einzuladen. Nach einem gemeinsamen Rückblick haben wir auch gemeinsam kritisch und optimistisch in das politische Jahr 2024 geblickt.

Ich habe mich sehr über die rege Teilnahme und die lebhafte Diskussion an beiden Orten gefreut! Das Format Pizza & Politik werde ich auch in Zukunft anbieten, um im engen Dialog zu bleiben.

Pressegespräch in Halver

Um über das turbulente Jahr 2023 zu sprechen, aber auch um einen Blick auf das laufende Jahr zu werfen, das ebenso spannend und herausfordernd wird - dazu habe ich mich mit Thomas Machatzke vom Märkischen Zeitungsverlag und Marlene Herold von Lokaldirekt in Halver im Café Tante Liese getroffen. Bei Kaffee und Waffeln gab es einen regen Austausch - über bundespolitische, aber natürlich auch über lokale Themen. Zum Beispiel über den „Dauerbrenner" Rahmedetalbrücke und ihre Folgen. Hier werde ich mich weiter dafür einsetzen, dass die Region auch Wirtschaftsförderung erhält. Es kann nicht sein, dass die Industrieregion Nr. 1 in NRW einfach abgehängt wird und durch die Folgen der Sperrung und Sprengung der Brücke langsam ausblutet. Leider haben hier direkte Gespräche weder mit Verkehrsminister Dr. Wissing noch mit Wirtschaftsminister Dr. Habeck gefruchtet. Aber ich bleibe dran.

Schwierig für die Menschen - und da spreche ich auch aus eigener Erfahrung - ist auch der Mangel an Kinderärzten auf dem Land. Aber das ist ein Problem, das wir seit fast zwanzig Jahren kennen und das sich nicht von heute auf morgen lösen lässt. Denn auch wenn wir jetzt Maßnahmen umsetzen - die Ausbildung dauert: Mindestens sechs Jahre Studium, mindestens fünf Jahre Facharztausbildung, Also frühestens in elf Jahren wären die Kinderärzte fertig ausgebildet. Hier hat sich leider viel zu lange nichts getan. Unser Bundesgesundheitsminister Lauterbach fordert 5000 neue Medizinstudienplätze. Ohne Zuwanderung von qualifizierten Kinderärzten wird sich kurz- und mittelfristig leider nichts ändern. Hinzu kommt die höhere Belastung der Kinderärztinnen und -ärzte auf dem Land. Sie behandeln meist doppelt so viele Patientinnen und Patienten wie ihre Kolleginnen und Kollegen in den Großstädten, verdienen aber gleich viel, weil auch die Bedarfsplanung anders ist. Auf die niedergelassenen Kinder- und Jugendärzte sind in den letzten Jahren deutlich mehr Aufgaben zugekommen. Nicht nur, dass es zusätzliche Vorsorgeuntersuchungen gibt, auch die Vorsorgeuntersuchung U2, die eigentlich in der Geburtsklinik durchgeführt werden muss, wird immer mehr auf die niedergelassenen Kinderärzte „abgewälzt", weil es auch in den Neugeborenenzimmern kaum noch Kinderärzte gibt, die diese Untersuchung durchführen. Darüber hinaus gibt es viele weitere Stellschrauben, deren gesamte Aufzählung hier den Rahmen sprengen würde.

Ein großer Erfolg im Bereich der Kinder- und Jugendmedizin war die Aufhebung der mengenmäßigen Budgetdeckelung der Leistungen in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), für die ich mich intensiv eingesetzt habe und die ich als großen Erfolg werte. Damit erhalten nun alle Kinder- und Jugendärzte ihre Leistungen in voller Höhe nach der Euro-Gebührenordnung vergütet. Die Kinder- und Jugendpsychiater sind sogar vollständig entbudgetiert. Das soll nicht nur die medizinische Versorgung verbessern und die Wartezeiten auf Arzttermine für gesetzlich Versicherte verkürzen, sondern auch die Attraktivität der Niederlassung für Kinder- und Jugendärzte erhöhen. Auch dies ist nur ein kleiner von vielen notwendigen Schritten.

Auch die Klinikreform und ihre Folgen für das Klinikum Lüdenscheid, Medikamentenmangel, die Haushaltslage, die Klimakrise, das GEG und Fachkräfte-Einwanderung haben wir besprochen - ebenso wie die Bedrohung der Demokratie durch rechte Parteien. Dazu sage ich einmal mehr: Wir dürfen diesen Parteien keinen Raum geben, müssen ihnen ganz klar die rote Karte zeigen. Und indem so viele Menschen gegen die AfD und gegen rechtes Gedankengut auf die Straße gehen, zeigen sie ihnen die rote Karte. Das ist ein tolles Zeichen!

So bleibt mit Blick auf das neue (noch recht junge) Jahr zu sagen, dass uns weiterhin viele Herausforderungen bevorstehen – sowohl im Bund, als auch im Kreis Olpe und im südlichen Märkischen Kreis. Ich werde auch weiterhin die Themen, die für die Menschen in meinem Wahlkreis wichtig sind, mit nach Berlin nehmen – und mit ihnen in engem Kontakt bleiben, um ihnen eine Stimme zu geben.

MUT
IST DIE KRAFT,
TRÄUMEN
DIE

Klausur der SPD-Bundestagsfraktion

Bei der Klausur der SPD-Bundestagsfraktion in der zweiten Januarwoche ging es um viel: die herannahende Europawahl hat uns beschäftigt, genauso aber der Kampf gegen den Rechtsextremismus und die kurz zuvor veröffentlichte Reportage von Correctiv über das schockierende Geheimtreffen von Rechtsextremen und ihren Unterstützern nahe Potsdam. Aber wir haben uns auch über die Arbeitsweise und Kommunikation in der Ampelkoalition mit unserem Bundeskanzler Olaf Scholz ausgetauscht.

PERFOMANCE DER BUNDESREGIERUNG

Mit Olaf Scholz, hatten wir ein offenes und vertrauensvolles Gespräch. Darin haben wir ihn gebeten, auch die Erfolge der Ampelkoalition in einer verständlicheren Sprache offener und offensiver als bisher zu kommunizieren. Aus Sicht von uns Abgeordneten ist auch wichtig, dass er als Kanzler häufiger von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch macht und FDP und Grüne zur Räson bringt. In der Vergangenheit bot die Koalition gelegentlich leider unnötigerweise Angriffsfläche für die Opposition. Das geschah, indem Einigungen der Koalitionsspitzen immer wieder von Seiten der beteiligten Parteien hart angegangen wurden. Das erweckt bei der Bevölkerung den Eindruck, dass innerhalb der Koalition ständig gestritten würde und sorgt für Verunsicherung – die Opposition nimmt derartige Vorlagen dann dankbar auf. Das wirklich Ärgerliche daran ist, dass die tatsächlich erzielten Erfolge untergehen. Und davon gibt es genug: seien es der höhere Mindestlohn von 12 €, Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrages, Erhö-

Foto: Thomas Koehler/photothek.de

hung der Renten und Angleichung der Renten in West und Ost, WohngeldPlus, das Deutschlandticket und vieles mehr. Bereits im letzten Herbst bescheinigte die Bertelsmann-Stiftung der Bundesregierung in einer Studie, dass eine Mehrheit der im Wahlkampf versprochenen Maßnahmen umgesetzt (38 %) oder angegangen (26 %) worden seien. Ich finde: Die Bilanz kann sich durchaus sehen lassen und die Zusammenarbeit in der Koalition läuft oft sehr konstruktiv. Nun ist es an der Zeit, dieses Bild auch stärker nach außen zu tragen.

KAMPF GEGEN DEN RECHTSEXTREMISMUS

Die Reportage von Correctiv hat es gezeigt: Die Gefahr von rechts ist keine eingebildete, sie ist real – und sie bedroht nicht nur unsere Demokratie und unsere Verfassung, sondern auch konkret Menschen.

Bei dem Geheimtreffen von Rechtsextremen und ihren Unterstützern nahe Potsdam ging es darum, über die „Remigration" unerwünschter Menschen aus der Bundesrepublik zu sprechen. Damit ist nichts anderes gemeint, als Millionen von Menschen mit Migrationsgeschichte – mit oder ohne deutsche Staatsangehörigkeit – zu vertreiben.

Als Abgeordnete mit Migrationsgeschichte sage ich deutlich: Einwanderung hat uns stark gemacht. Ohne Migrantinnen und Migranten wäre Deutschlands wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung nicht möglich gewesen. Die Pläne der AfD sind in jeder Hinsicht erschreckend. Jetzt geht es darum, den Rechtsextremen klarzumachen, dass sie in der Minderheit sind und es bleiben werden. Dafür, dass sich das auch in den anstehenden Wahlen widerspiegelt, haben wir bei unserer Klausur ebenfalls Strategien beraten. Die bundesweiten Massendemonstrationen in den Tagen nach den Enthüllungen durch Correctiv sind vor dem Hintergrund ermutigend.

Gemeinsam mit Bundestagskolleginnen und -kollegen aus der SPD-Fraktion, die ebenfalls eine familiäre Einwanderungsgeschichte haben, habe ich mich vor dem Hintergrund der Correctiv Reportage auch zu einem möglichen AfD-Verbot geäußert. Lest dazu meinen gesonderten Beitrag auf den Seiten 5 und 6 in diesem Newsletter.

EUROPA

Ein Highlight der Klausur war für mich der Besuch von Katarina Barley, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments und Spitzenkandidatin der SPD bei der kommenden Europawahl. Wir hatten viel zu diskutieren, denn die Europäische Union befindet sich inmitten einer beispiellosen Bewährungsprobe. Die Krisen und Herausforderungen der vergangenen Jahre - die Corona-Pandemie, die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten, hohe Energiepreise und Inflation - haben die EU und ihre Mitgliedstaaten massiv gefordert. Es ist ein wesentliches Verdienst des umsichtigen Handelns der Bundesregierung unter Führung von Bundeskanzler Olaf Scholz, dass es gelungen ist, den europäischen Zusammenhalt in dieser schwierigen Zeit zu sichern und zu stärken.

Darauf wollen wir aufbauen – deshalb haben wir einen europapolitischen Beschluss verabschiedet, in dem wir beschreiben, wie wir Europa nach der Europawahl und der Bildung einer neuen EU-Kommission mutig und umsichtig weiterentwickeln wollen. Denn in der globalen Lage ist die gemeinsame Stärke der EU ein unverzichtbarer Vorteil. Deshalb wollen wir zum Beispiel ein auf dem gemeinsamen europäischen Asylsystem (GEAS) aufbauend ein europäisches Einwanderungsrecht schaffen, mit europäischen Zukunftsinvestitionen die wirtschaftliche Resilienz ausbauen und die außenpolitische Souveränität Europas stärken.

Auch insgesamt kam die Inhaltliche Debatte bei unserer Klausur nicht zu kurz. So haben wir zahlreiche weitere Beschlüsse, unter anderem zu einer Reform der Schuldenbremse und dem Sozialstaat verabschiedet. Mehr Informationen zu den Beschlüssen findet ihr auf der Internetseite der SPD-Bundestagsfraktion

Waffenstillstand jetzt! Humanitäre Katastrophe abwenden! Zwei-Staaten-Lösung vorantreiben

Der brutale Terrorakt der Hamas am 7. Oktober war ein abscheulicher Verstoß gegen internationales Recht. Wir verurteilen diesen aufs Schärfste. Alle Geiseln müssen von der Hamas sofort freigelassen werden. Ebenso verurteilen wir die Siedlungspolitik Israels und die Vertreibung von Palästinensern.

Die andauernden Kampfhandlungen in Gaza schaffen eine massive humanitäre Notlage. Über zwei Millionen Palästinenserinnen und Palästinenser, darunter viele Kinder, sind von lebensnotwendigen Ressourcen abgeschnitten. Die Bombenangriffe der israelischen Streitkräfte haben erhebliche Schäden verursacht. 27.000 Menschen, darunter mehr als 7.000 Kinder, haben dadurch ihr Leben verloren.

In einem starken transatlantisches Bündnis setzen wir – 20 deutsche SPD-Abgeordnete, 20 kanadische Parlamentarierinnen und Parlamentarier und 12 US-amerikanische Kongressmitglieder – uns für das Ende des Leids in Israel und Palästina ein.
Der Nahostkonflikt bedroht nicht nur die Menschen vor Ort, sondern auch die regionale Stabilität.

Die Zwei-Staaten-Lösung bleibt der Schlüssel zu einem nachhaltigen Frieden. Wir appellieren an die internationale Gemeinschaft, sie wieder zu beleben. Israelis und Palästinenser sollen in Frieden und Sicherheit nebeneinander leben können. Und zwar in unabhängigen, lebensfähigen und international anerkannten Staaten.

Lena Werner • Jasmina Hostert • Isabel Cademartori • Armand Zorn • Frank Junge • Anna Kassautzki • Aydan Özoguz • Macit Karaahmetoglu • Derya Türk-Nachbaur • Manuel Gava • Adis Ahmetovic • Ralf Stegner • Nina Scheer • Gülistan Yüksel • Christian Petry • Sanae Abdi • Johannes Schraps

Turbulente erste Sitzungswoche im Bundestag

(c) Deutscher Bundestag / Tobias Koch

Was lange währt, wird endlich gut: In der ersten Sitzungswoche des Jahres wurden die **Eckpunkte des Bundesgesundheitsministeriums für eine Reform der Notfallversorgung** vorgestellt. Was steht drin?

Die Notaufnahmen sollen künftig zu so genannten „**Integrierten Notfallzentren**“ ausgebaut werden. Das bedeutet, dass an die Notaufnahmen der Krankenhäuser – idealerweise auch räumlich verbunden – eine Notfallpraxis der Kassenärztlichen Vereinigung des jeweiligen Bundeslandes angebunden wird. Wer also in die Notaufnahme kommt, aber nicht unbedingt im Krankenhaus behandelt werden muss, kann direkt in der KV-Praxis behandelt werden. Ist keine sofortige Behandlung erforderlich, sollen die Terminservicestellen (Telefonnummer 116 117) direkt Termine bei geeigneten Haus- oder Fachärzten vermitteln können.

Die Entscheidung, wer wohin überwiesen oder im Krankenhaus behandelt wird, trifft entweder die 116 117 oder ein sogenannter gemeinsamer Tresen in der Notaufnahme. Dazu wird ein standardisiertes Ersteinschätzungsverfahren entwickelt.

Die Terminservicestellen sollen gestärkt und digital mit der 112 vernetzt werden, um künftig die erste Anlaufstelle im Gesundheitssystem zu sein.

Der Wildwuchs bei der Finanzierung des **Rettungsdienstes** soll beendet werden. Bisher regelt jedes Bundesland, teilweise sogar jede Kommune, die Vergütung des Rettungsdienstes unterschiedlich. Künftig soll es sich um eine bundesweit einheitlich geregelte Kassenleistung handeln.

Das Thema Rettungsdienst und seine zukünftige Finanzierung war auch direkt Gegenstand einer entsprechenden öffentlichen Anhörung des Gesundheitsausschusses. Die geladenen Experten bewerteten die Pläne überwiegend positiv. Die Statements und eine Zusammenfassung findet ihr auf der Internetseite des Deutschen Bundestages.

Diese und weitere Pläne konnten wir auch mit Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach im Rahmen eines Koalitionsgesprächs diskutieren. Die Pläne für 2024 sind umfassend. Besonders freut mich, dass im Bereich der **ambulanten Versorgung** so viele Verbesserungen geplant sind. Gerade für die **hausärztlich** tätigen Kolleginnen und Kollegen, die für die Gesundheitsversorgung der Menschen in den ländlichen Regionen so wichtig sind, soll es Erleichterungen geben. So soll zum Beispiel die von der Ärzteschaft seit langem geforderte **Entbudgetierung der erbrachten Leistungen** endlich kommen. Ich bin gespannt auf die kommenden Versorgungsgesetze I und II.

Neben dem Thema Gesundheit ging es im Plenum hoch her: Die **Änderungen im Staatsbürgerschaftsrecht** sind beschlossen. Als modernes Einwanderungsland bekennen wir uns zu den Menschen, die seit Jahren in unserem Land leben, arbeiten und sich zum Grundgesetz bekennen.

Deshalb sollen Einbürgerungen künftig schneller möglich sein. Gut integrierte Menschen sollen künftig bereits nach fünf statt acht Jahren den deutschen Pass erhalten, in besonderen Fällen sogar schon nach drei Jahren. Niemand soll sich gegen eine Einbürgerung entscheiden müssen, nur weil er die Staatsangehörigkeit seines Herkunftslandes aufgeben muss. Deshalb lassen wir **Mehrstaatigkeit** grundsätzlich zu. Auch Deutsche verlieren ihre Staatsangehörigkeit nicht mehr, wenn sie eine andere Staatsangehörigkeit annehmen wollen. Das ist übrigens in anderen Ländern wie Italien oder den USA üblich.

Damit schaffen wir ein faires Angebot für Menschen, die hier leben und sich gut in die Gesellschaft einbringen. Mit der Annahme unserer Staatsbürgerschaft und den damit verbundenen Rechten und Pflichten werden sich unsere neuen deutschen Mitbürgerinnen und Mitbürger noch stärker für unseren Staat, unsere Gesellschaft und unsere Demokratie entscheiden und engagieren wollen. Allein die sogenannte Gastgebergeneration, die seit über 60 Jahren in unserem Land lebt und zum wirtschaftlichen Aufschwung der Bundesrepublik Deutschland beigetragen hat, erfährt endlich die lang ersehnte Wertschätzung.

Nicht nur vor dem Bundestag ging es während der Grünen Woche hoch her. Viele **Landwirte** nutzten die Woche, um nach Berlin zu kommen und ihrem Unmut Luft zu machen. Ich freue mich über jedes demokratische Engagement, muss aber auch darauf hinweisen, dass Protest kein Freibrief für jedes Verhalten und auch keine Erfolgsgarantie ist. Im Wahlkreis habe ich mich sowohl im Bürgerbüro als auch digital mit den Bäuerinnen und Bauern vor Ort ausgetauscht. Demokratie lebt vom Kompromiss. Ein solcher wurde für den Haushalt gefunden und in der letzten Januarwoche verabschiedet. Dennoch stehen weitere Gespräche mit den Landwirten vor Ort an, denn ihre berechtigten Forderungen sollten in der künftigen Gesetzgebung besser berücksichtigt werden.

Startchancen-Programm für Schulen geht endlich los!

Foto: Kzenon_AdobeStock_503418093

Am 2. Februar 2024 wurde das größte bildungspolitische Schulprogramm der Bundesregierung verkündet. Bund und Länder werden in den nächsten zehn Jahren jeweils zehn Milliarden Euro ausgeben, um Schulen in herausfordernden sozialen Lagen zu unterstützen. Ich freue mich sehr darüber, denn Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft! In ganz Deutschland werden dadurch rund 4.000 Schulen gefördert, wobei 60 Prozent davon Grundschulen sind. Für Nordrhein-Westfalen werden voraussichtlich etwa 920 Schulen gefördert, darunter 552 Grundschulen. Das ist eine beeindruckende Zahl. Die Schulen werden derzeit anhand von landeseigenen Sozialindizes ausgewählt.

Das Programm ist für Investitionen in Schulgebäude und Ausstattung vorgesehen. Außerdem werden Mittel für multiprofessionelle Teams bereitgestellt. Den Schulen wird ein individuelles Chancenbudget zur Verfügung gestellt, damit sie gezielt dort fördern können, wo es am dringendsten benötigt wird.

Das Programm ist eine Antwort auf eine der größten schulpolitischen Herausforderungen, die wir aktuell bewältigen müssen. Verschiedene Studien belegen zunehmende und teilweise starke Kompetenzmängel sowie Chancenungleichheiten. Am stärksten betroffen sind junge Menschen aus sozioökonomisch benachteiligten Familien. Gerade deshalb müssen Schulen stärker in den Sozialraum integriert werden, um die Bildungschancen junger Menschen unabhängiger vom Elternhaus zu gestalten.

Das Programm läutet ebenfalls erstmals einen überfälligen Paradigmenwechsel in der finanziellen Förderung des Bundes ein: Das Geld wird nicht mehr nach Steueraufkommen und Einwohnerzahl verteilt, sondern folgt sozialen Kriterien wie der Quote der Armutsgefährdung und dem Migrationsanteil an den jeweiligen Schulen.